



Bundesrat verzichtet vorerst auf Gegenmassnahmen

So reagiert die Schweiz auf die von Trump angekündigten US-Zölle

Die von der US-amerikanischen Regierung um Donald Trump angekündigten Zölle auf Exportgüter aus aller Welt treffen die Schweiz hart. Der Bundesrat reagiert abwartend, will sich aber alle Optionen offenhalten.

(sda) Die wichtigsten Fragen und Antworten im Überblick:

Was wurde zur Schweiz entschieden?

Die USA belegen ab Samstag Einfuhren aus allen Ländern pauschal mit Zöllen von 10 Prozent. Zudem kündigte die US-Regierung einen komplexen Mechanismus an, der für viele Länder höhere Zölle vorsieht – für die Schweiz 31 oder 32 Prozent, je nach Unterlagen. Gelten sollen diese ab dem kommenden Mittwoch. Die Zölle seien eine Reaktion auf die Zölle von 61 Prozent, welche die Schweiz auf US-Produkte erhebe, sagte US-Präsident Donald Trump.

Wie sind Schweizer Zölle zu erklären?

Wie genau die Zölle berechnet wurden, die andere Länder gemäss Trumps Aufstellung gegenüber den USA angeblich erheben, bleibt offen. Es gibt aber eine Mutmassung und folgende «Milchbüchlirechnung»: Die Schweiz exportiert Waren im Wert von 63,4 Milliarden Franken in die USA. Das Handelsdefizit beträgt für die USA 38,5 Milliarden, was rund 61 Prozent entspricht.

Die Erklärungen der Trump-Administration sind im Urteil von BAK-Chefökonom Claude Maurer «erstaunlich unklar», wie er im Gespräch mit der Nachrichtenagentur AWP sagte. Doch das sei bei Trump Teil des Konzepts. «Wir sind fast ein Betriebsunfall», kommentierte die Staatssekretärin für Wirtschaft, Helen Budliger Artieda, die undurchsichtige Berechnungsformel der US-Administration. Die USA hätten mit der Schweiz kein Handelsbi-

lanzdefizit. Und die Schweiz erhebe praktisch keine Zölle auf US-Produkte. Trotzdem werde sie nun bestraft.

Welche Produkte sind betroffen?

Von den zusätzlichen Zöllen sind wichtige Exportprodukte wie Maschinen, Uhren und landwirtschaftliche Güter betroffen. Die konkreten Auswirkungen sind für die betroffenen Branchen jedoch noch nicht klar. Grundsätzlich trifft es Schweizer Firmen, die nicht in den USA selber produzieren, aber dorthin exportieren. Bisher gibt es keine Anzeichen dafür, dass auch die Pharmaindustrie, die wichtigste Exportbranche der Schweiz, von Zöllen betroffen sein könnte. Ausgenommen von angekündigten Zusatzzöllen sind derzeit auch: Energie, Gold und Halbleiter. Produkte aus Stahl und Aluminium sowie Autos und Autoteile, die bereits sektoriell mit Zöllen belegt werden, sind ebenfalls ausgenommen. Künftig aber mit Zöllen belegt werden könnten laut Trumps Verordnung Edelmetalle, Energie und Mineralien, die in den USA nicht verfügbar sind.

Wie reagiert der Bundesrat?

Der Bundesrat «bedauert, dass sich die USA weiter vom Freihandel und einer regelbasierten Ordnung im Welthandel entfernen», verzichtet nach der Ankündigung aber auf unmittelbare Gegenmassnahmen. Er will keine Eskalation, sondern auf Verhandlungen mit den USA setzen und vorerst die Lage klären. Laut Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter verfolgt die Landesregierung primär das Ziel eines zollfreien Handels. «Wir treffen keine Gegenmassnahmen, ohne das sauber analysiert zu haben», sagte sie am Donnerstag im Anschluss an eine ausserordentliche Sitzung des Bundesrats. Wie der Plan B, C oder D aussehen könnte, sei unklar. «Wir wollen uns alle Optionen offenhalten.»

Wie geht der Bundesrat weiter vor?

Die US-Regierung habe betont, dass sie gesprächsbereit sei, sagte Wirtschaftsminister Guy Parmelin. Es gehe nun darum, das Vorgehen der USA besser zu verstehen. Erst danach könne man in Verhandlungen etwas anbieten. «Verhandlungen erfordern zwei, und man muss wissen, was man will.» Keller-Sutter sagte auf Nachfrage, dass der Bundesrat derzeit keinen Kontakt zum engsten Kreis der US-Regierung habe. Das bedeute aber nicht, dass das nicht möglich sei. «Es ist wohl eine Frage der Zeit.» Keller-Sutter wünscht sich von der US-Regierung Gespräche auf Augenhöhe. Die Schweiz könne selbstbewusst auftreten. «Wir müssen uns nicht verzweigen.» Der Chef der schweizerisch-amerikanischen Handelskammer ist «nicht optimistisch» bezüglich Verhandlungen der Schweiz mit den USA. «Der Zeitrahmen ist extrem eng und die ganze Welt versucht jetzt, sich auf irgendeine Weise mit den USA gut zu stellen», sagte Rahul Sahgal in einem Interview mit Blick.ch.

Was sagt EU zu einer Kooperation?

Die Europäische Kommission stehe in Kontakt mit «gleichgesinnten» Staaten, sagte ein Beamter der Europäischen Kommission in Brüssel. Es gebe aber keine echte Koordination mit diesen Partnerstaaten. Es würden lediglich «Notizen» geteilt. Der Beamte hob die sehr enge wirtschaftliche Beziehung mit der Schweiz hervor und fügte an, dass bei allfälligen Gegenmassnahmen der Kommission die Interessen der Schweiz berücksichtigt würden. Es dürfe aber nicht geschehen, dass weltweite Überkapazitäten von Waren über die Schweiz in die EU gelangen.

Wie beurteilen Ökonomen die Lage?

Eric Scheidegger, Chefökonom des Bundes, rechnet wegen der angekündigten US-Zölle nicht mit einem scharfen Konjunkturunbruch in der Schweiz. Doch die zusätzlichen Zölle kämen in einem ungüns-



tigen Moment für die Industrie. Schwierig einzuordnen seien zudem Gegenmassnahmen von Handelspartnern wie der EU und China. Daher sei es derzeit schwierig zu sagen, ob Abfederungsmassnahmen nötig seien. Wirtschafts-Staatssekretärin Budliger Artieda wies auf die Möglichkeit für von den Zöllen betroffene Unternehmen hin, Kurzarbeitsentschädigung zu beantragen und damit ihre Arbeitsplätze zu retten. Die zuständigen Kantone müssten aber in jedem einzelnen Fall entscheiden.

Der Wirtschaftsdachverband Economie-suisse begrüsst, dass der Bundesrat auf Gegenmassnahmen verzichtet und auf eine Verhandlungslösung mit den USA setzt. Als Exportnation müsse die Schweiz auf eine breite Palette von Handelspartnern setzen: mit Freihandelsabkommen weltweit und guten bilateralen Beziehungen zur EU. Um Unternehmen und ihre Arbeitnehmenden zu unterstützen, brauche es jetzt innenpolitische Massnahmen zur Stärkung der Standortattraktivität. Swissmem fordert vom Bundesrat zudem, dass die Höchst-

bezugsdauer der Kurzarbeit auf 24 Monate verlängert wird.

Auch weitere Wirtschafts- und Branchenverbände fordern den Bundesrat zum Handeln auf. Jetzt sei «Handelsdiplomatie statt Wehklagen» gefragt, schrieb der Gewerbeverband.

Was fordern die Parteien?

Die SVP setzt auf bilaterale Gespräche mit den USA. Es gelte, konstruktiv mit den USA eine Lösung zu finden. Trump sei ein «Dealmaker», also agiere wie ein Geschäftsmann, sagte Fraktionschef Thomas Aeschi. Die SP findet, die Schweiz müsse nun «in enger Abstimmung mit der EU Haltung zeigen». Weil die Schweiz im vergangenen Jahr alle Industriezölle gestrichen habe, fehle ihr jetzt ein Instrument, um Gegendruck zu machen. Laut der Mitte-Partei muss der Bundesrat die notwendigen Gespräche insbesondere mit der EU führen, um Kollateralschäden möglicher gegenseitiger Massnahmen zu vermeiden. Die FDP warnt vor solchen Gegen-

massnahmen. «Wir würden die Produkte teurer machen, uns selber noch mehr schwächen.» Die Grünen schrieben, der Bundesrat müsse die Grundrechte und die Wirtschaft gegen die «autoritären Übergriffe» der USA verteidigen. Die Trump-Ankündigung zeige, wie wichtig verlässliche Partnerschaften seien, teilte die GLP mit. Seit Mittwoch habe die Schweiz 31 neue Gründe für die bilateralen Verträge mit der EU.

Wie reagiert die Schweizer Börse?

Die Schweizer Börse reagierte am Donnerstag und Freitag mit einem Taucher. Der Gesamtmarkt SMI gab zur Eröffnung rund 1,5 Prozent nach. Die vorbörslichen Indikationen für den Schweizer Aktienmarkt waren bereits am Morgen nach den Zollankündigungen von Trump tiefrot gewesen. Noch deutlicher ging es an den asiatischen Börsen abwärts, während die europäische Märkte ähnlich stark wie hierzulande verloren.



Bundesrat Guy Parmelin und Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter bei einer Medienkonferenz zu den angekündigten massiven US-Importzöllen am Donnerstagnachmittag in Bern. (Bild: Keystone/Klaunzer)